

**Antrag 41/II/2025****KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Privatsphäre schützen, Brandschutz sichern: Opt-in bei sogenannten Spionage-Rauchwarnmeldern**

1 Die SPD-Mitglieder im Senat und Abgeordnetenhaus von  
2 Berlin, im SPD-Landes- und Bundesvorstand sowie im  
3 Deutschen Bundestag und in der Bundesregierung wer-  
4 den aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass

5

6 1. Mieter\*innen dem Einbau von Rauchwarnmeldern  
7 mit Funktechnik zur Datenübertragung zustimmen  
8 müssen. Vermieter\*innen müssen in diesen Fällen  
9 gleichwertige Rauchwarnmelder ohne Funkfunktio-  
10 on bereitstellen, die den gesetzlichen Brandschutz-  
11 anforderungen entsprechen. Dies muss ohne zu-  
12 sätzliche Kosten für die Mieter\*innen geschehen.

13 2. Vermieter\*innen verpflichtet werden, die betroffe-  
14 nen Mieter\*innen vor Installation umfassend und  
15 in verständlicher Form über die im Gerät ver-  
16 baute Funktechnik zur Datenübertragung aufzu-  
17 klären, insbesondere darüber, welche Daten über-  
18 mittelt werden, welche Widerspruchsmöglichkei-  
19 ten bestehen und wie die übertragenen Daten ein-  
20 gesehen werden können. Dabei ist klarzustellen,  
21 dass es sich um personenbezogene Daten handelt,  
22 da diese der jeweiligen Wohneinheit zugeordnet  
23 werden können, sodass sämtliche Rechte nach der  
24 Datenschutz-Grundverordnung gelten.

25 3. Rauchwarnmelder mit Funktechnik zur Datenüber-  
26 tragung in den Beständen der Berliner Landeswoh-  
27 nungsunternehmen nicht eingesetzt werden dür-  
28 fen.

29

30

**31 Begründung**

32 Rauchwarnmelder sind in allen Bundesländern gesetz-  
33 lich vorgeschrieben und dienen dem Schutz von Leben  
34 und Gesundheit. In den letzten Jahren setzen jedoch im-  
35 mer mehr Vermieter\*innen auf Modelle, die über die ei-  
36 gentliche Brandwarnung hinaus Daten erfassen und per  
37 Funk übertragen. Diese Geräte – in der öffentlichen De-  
38 batte auch oft als sog. “Spionage-Rauchwarnmelder” be-  
39 zeichnet – senden nicht nur Statusmeldungen wie Batte-  
40 riestand oder Funktionsfähigkeit, sondern teilweise auch  
41 zusätzliche Informationen über Temperatur, Luftfeuchtig-  
42 keit oder CO<sub>2</sub>-Werte. Die so gewonnenen Daten kön-  
43 nen einzelnen Wohneinheiten zugeordnet werden und  
44 gelten damit als personenbezogene Daten im Sinne der  
45 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).

46

47 Nach Art. 4 Nr. 1 DSGVO liegt Personenbezug bereits

48 dann vor, wenn Daten einer Wohnung und damit mittel-  
49 bar den dort lebenden Personen zugeordnet werden kön-  
50 nen. Damit greifen die vollen Rechte der Betroffenen aus  
51 der DSGVO: insbesondere Transparenz, Auskunft, Wider-  
52 spruch und Löschung. Doch die Praxis zeigt, dass Mie-  
53 ter\*innen oft unzureichend informiert werden. Kritiker,  
54 darunter Mieterverbände wie der Berliner Mieterverein,  
55 sprechen daher von einem unzulässigen Eingriff in die  
56 Privatsphäre und warnen vor Überwachung im eigenen  
57 Schlafzimmer (Berliner Mieterverein, Inside Digital).

58

59 Juristisch ist klarzustellen: Zwar sind Rauchwarnmelder  
60 gesetzlich vorgeschrieben, aber Funktechnik zur Daten-  
61 übertragung ist nicht erforderlich, um den Brandschutz  
62 zu gewährleisten. Klassische Geräte ohne Funk erfüllen  
63 die gesetzlichen Anforderungen in gleicher Weise. Der  
64 Einsatz von Funkmodulen stützt sich häufig nur auf das  
65 „berechtigte Interesse“ von Vermieter\*innen (Art. 6 Abs.  
66 1 lit. f DSGVO). Dieses Interesse muss jedoch gegen die  
67 Grundrechte der Mieter\*innen auf informationelle Selbst-  
68 bestimmung und den Schutz der Wohnung (Art. 13 GG) ab-  
69 gewogen werden.

70

71 Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, die Wahlfreiheit  
72 der Mieter\*innen zu sichern. Sie müssen ein ausdrückli-  
73 ches Recht erhalten, funkbasierte Rauchwarnmelder ab-  
74 zulehnen, ohne dafür zusätzliche Kosten tragen zu müs-  
75 sen. Zudem müssen Vermieter\*innen umfassend und ver-  
76 ständlich über die verbaute Funktechnik, die Art der über-  
77 mittelten Daten, die Einsichtnahmemöglichkeiten und  
78 bestehende Widerspruchsrechte informieren. Nur so ist  
79 gewährleistet, dass die Vorgaben der DSGVO praktisch  
80 umgesetzt und Grundrechte wirksam geschützt werden.

81

82 Da die Berliner Landeswohnungsunternehmen als öffent-  
83 liche Unternehmen eine besondere Verantwortung für  
84 Datenschutz haben, sollen hier keine Rauchwarnmelder  
85 mit Funktechnik zur Datenübertragung eingesetzt wer-  
86 den.